



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/67 - 20.3.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Zum Ergebnis der bayerischen Gemeindewahlen	S. 1
Unterredung mit Nationalrat Dr. Bruno Pittermann	S. 3
Buchbesprechung: Von Valmy bis Leipzig	S. 5
Das Exil des Erzbischofs (Glosse)	S. 6

Klare Abgrenzung von der CSU

M. München

Das Ringen um die Sitze in den bayrischen Städten und Gemeinden ist beendet. Noch liegen infolge des schwierigen Wahlsystems die endgültigen Ergebnisse nicht vor. Es ist deshalb nicht einfach, bevor die endgültige Auszählung abgeschlossen ist, eine konkrete Analyse zu geben, da bisher nur die unverändert abgegebenen Stimmen ausgezählt sind. Legt man diese Zahlen zugrunde, so ergibt sich für Bayern folgendes Bild:

An der Spitze liegt die CSU mit rund 35 %, dicht gefolgt von der SPD, die fast 32 % der Stimmen auf ihren Listen vereinigen konnte. Im Vergleich zu der letzten Gemeindewahl konnten CSU (damals 26,4 %) und SPD (damals 26,2 %) ihre Position bedeutend verbessern. BHE (9,6 %) und FDP (3,5 %) haben ihre Stimmen seit 1952 beinahe unverändert gehalten. Verluste von etwa 3 % musste die Bayernpartei hinnehmen, die jetzt rund 7 % Stimmen errang.

Es steht ausser Zweifel, dass die CSU gegenüber den letzten Gemeindewahlen den grössten Stimmenzuwachs melden kann. Allerdings liegen dazwischen die Bundestagswahl von 1953, bei der die CSU mit 48 %, und die Landtagswahlen von November 1954, aus denen sie mit 38 % herauskam. Legt man die Tatsache zugrunde, dass die Bayernpartei in den fränkischen Gebieten nur an wenigen Orten kandidiert hat und dass sie im Mittelpunkt der Angriffe der CSU stand, so lässt sich ihr Verlust an Stimmen verstehen. Die CSU hat gegenüber der Bayernpartei eine Propaganda angewendet, die vor nichts zurückschreckte. Man denke nur an die "Enthüllungen" der CSU in der Spielbank-Affäre, in denen die CSU der Bayernpartei

vorwarf, mit 29 000 DM bestochen worden zu sein. Zwei Tage vor der Wahl gelang es der Bayernpartei, vor Gericht diese Behauptung eindeutig zu widerlegen. Aber auch der Klerus auf dem Lande hat das Seine dazu beigetragen, um die Wähler vor der Bayernpartei zu warnen (um es milde auszudrücken).

Die CSU versuchte, diese Gemeindewahl als Testwahl gegen die Regierungskoalition hinzustellen - allerdings vor der Wahl. Heute ist sie jedoch in ihren führenden Kreisen davon überzeugt, dass dieser Test keineswegs gegen die Regierung ausgefallen ist.

Die SPD geht nicht nur im Vergleich zu den Gemeindewahlen von 1952, sondern auch gegenüber der Bundestagswahl von 1953 und der Landtagswahl vom November 1954 stärker aus der Wahl hervor. Darin liegt der wesentliche Unterschied zur CSU, die seit der Gemeindewahl 1952 zwar beträchtlich aufgeholt, aber bei den späteren Wahlen, den Landtagswahlen 1954 und den jetzigen Gemeindewahlen, die hohen Stimmen- und Prozentanteile der Bundestagswahl nicht wieder erreicht hat. Hier teilt die bayerische Schwesterpartei das Schicksal der CDU. Im Gegensatz dazu hat die Sozialdemokratie mit fast einem Drittel aller abgegebenen Stimmen den bisher höchsten Prozentsatz in Bayern erreicht. Dieser Erfolg ist insofern bemerkenswert, als die bayerische SPD im Unterschied zu den anderen Parteien mit ganz geringen, lokal bedingten Ausnahmen, den Kampf um die Besetzung der Gemeindevertretungen im Alleingang geführt hat. Wie bei den letzten Landtagswahlen in Württemberg-Baden hat die SPD z.T. erhebliche Gewinne in den Klein- und Mittelstädten errungen, während ihr Zuwachs in den grossen Städten geringer geworden ist.

Diese Tatsache befähigt die unter ihrer Führung gebildete Regierung ohne die CSU, zusammen mit Bayernpartei, BHE und FDP das Koalitionsprogramm durchzusetzen. Darüber hinaus wird sie jetzt aber weitere Kräfte entwickeln können, um eine noch entschiedener Politik gemeinsam mit den Koalitionspartnern unter schärferer Abgrenzung von der CSU durchzuführen.

* * *

Aktuelles zur österreichischen Situation -
eine notwendige Klarstellung

sp. Der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im österreichischen Bundesparlament, Nationalrat Dr. Bruno Pittermann, hält sich im Augenblick in Bonn auf. Er war so freundlich, sich in einem Interview mit dem "Sozialdemokratischen Pressedienst" zu einigen aktuellen Fragen der österreichischen Innen- und Aussenpolitik zu äussern. Die Frage nach den Ursachen der letzten Koalitionskrise, die zur Auflösung des österreichischen Nationalrates geführt haben, beantwortete Pittermann folgendermassen:

"Die Österreichische Volkspartei hat das Verstaatlichungsgesetz seinerzeit in einem Nationalrat beschlossen, in welchem sie die absolute Mehrheit besass. Das geschah im Jahre 1946. Im gleichen Jahr hätten prominente Abgeordnete der ÖVP, darunter der heutige Generalsekretär der Partei, Malenta, sogar einen Antrag eingebracht, indem sie eine weitgehende Sozialisierung gefordert hatten.

Jetzt ist aber die Volkspartei bestrebt, Teile der verstaatlichten Wirtschaft wieder zu reprivatisieren, oder zumindest aus der staatlichen Verwaltung in Verwaltungen anderer öffentlicher Stellen, z.B. der Länder, zu überführen. Die Begründung dafür liegt nicht im Ideologischen. Die verstaatlichte Industrie in Österreich wird von einem Ministerium kontrolliert, an dessen Spitze der Sozialist Ing. Waldbrunner steht. Das Bestreben der Volkspartei war und ist daher darauf gerichtet, einzelne Teile der verstaatlichten Wirtschaft in jene Sektoren der Verwaltung zu bringen, wo für eine längere Zeit eine Kontrolle durch die ÖVP erwartet werden kann, z.B. unter der niederösterreichischen Landesregierung.

Die materielle Seite des deutschen Eigentums spielt in der Auseinandersetzung der beiden Parteien keine Rolle. Die Frage ist vielmehr, welches Ministerium mit der Durchführung der im Staatsvertrag festgelegten Bestimmungen über die Regelung des deutschen Eigentums zu betrauen ist. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass diese Frage in den bisherigen Gesetzen, auch im Staatsvertrag, ungelöst blieb. Sie hätte nur durch neue Vereinbarungen zwischen den Regierungsparteien geregelt werden können. Die Österreichische Volkspartei stellte sich auf den Standpunkt, dass Finanzminister Dr. Kamitz zuständig sei. Als rechtliche Grundlage verwies sie auf ein kaiserliches Handschreiben aus dem Jahre 1852..."

Die zweite Frage bezog sich auf die Haltung der Parteien zum internationalen Status der Republik Österreich und den kürzlich beschlossenen Beitritt Österreichs zum Europarat. Die Antwort Er. Pittermanns hierzu lautete:

"In der Beurteilung dieser Frage bestand langezeit zwischen den österreichischen Sozialisten und der ÖVP keine grundsätzliche

Differenz. Nach dem Staatsvertrag hat jedoch offenbar ein Teil der ÖVP geglaubt, durch eine besonders entgegenkommende Haltung gegenüber der Sowjetunion bessere Bedingungen für die Erfüllung des Staatsvertrages von den Russen dadurch einhandeln zu können, dass der österreichische Neutralitätsbegriff nicht nur militärisch, sondern auch politisch ausgelegt werde. Offenbar haben diese Kreise auch den Bundeskanzler Raab eine zeitlang beeinflusst. Es verhandelten Funktionäre der niederösterreichischen ÖVP mit den Russen über eine Anleihe in Höhe von etwa 500 bis 800 Mill. Schilling an das Land Niederösterreich, wo die ÖVP im Landtag über die Mehrheit verfügt.

Auffallenderweise brachten ÖVP-Zeitungen, aber auch einzelne sogenannte parteifreie Blätter zur gleichen Zeit Inseratenbeilagen über die tschechoslowakische Wirtschaft, welche von der kommunistischen Prager Regierung bezahlt wurden. Dieses Vorgehen erweckte bei den demokratischen Freunden Österreichs in der Welt Misstrauen in die demokratische Zuverlässigkeit unseres Landes, so dass die SPÖ sich entschloss, mit aller Entschiedenheit die Umwandlung des bisherigen Beobachterstatus der Republik Österreich in die einer aktiven gleichberechtigten Beteiligung beim Europarat zu verlangen.

Wohl unter dem Einfluss des erwähnten ÖVP-Flügels hat sich Bundeskanzler Raab ursprünglich diesem sozialistischen Antrag widersetzt. Er wollte zumindest den Beitritt Österreichs als Vollmitglied auf den Herbst 1956 verschieben. Da die öffentliche Meinung vollständig mit den sozialistischen Vorschlägen übereinstimmte, musste sich schliesslich die ÖVP dazu entschliessen, dem Beitritt zum Europarat noch vor der April-Session zuzustimmen."

Die letzte Frage galt gewissen Berichten aus Anlass des Todes des Fürsten Starhenberg in einem Teil der westdeutschen Presse. Dr. Pittermann bemerkte dazu:

"Die Art, wie manche westdeutsche Zeitungen durch ihre Korrespondenten in Wien informiert werden, wurde bei dieser Gelegenheit besonders deutlich. Der deutsche Leser dieser Berichte musste den Eindruck gewinnen, als ob der verstorbene Starhenberg im Februar 1934 die österreichische Demokratie geradezu gerettet habe. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Starhenberg hat in einem von ihm in der Emigration veröffentlichten Briefwechsel mit Mussolini offen zugegeben, dass er die österreichische Demokratie im Auftrage Mussolinis geradezu beseitigen sollte. Dafür nahm er von Mussolini Geld und Waffen. Das Buch mit diesem Briefwechsel ist in Wien für jedermann käuflich zu erwerben. Ich wundere mich, dass solche verzerrten Darstellungen über die jüngste österreichische Geschichte, wie sie in einer grossen westdeutschen Zeitung erschienen sind, unwidersprochen blieben."

* * *

Heeresreform - ein Stück Geschichte wird lebendig

So, Nichts kann die gegenwärtig zu lösende Frage nach dem Staatsbürger als Soldaten besser beleuchten, als die zur Zeit der preussischen Armeereform geführte Diskussion um die Frage nach dem Untertan in Uniform.

Seit 1792 liessen die Revolutionskriege und Napoleons Aufstieg den Streit hierüber nicht mehr zur Ruhe kommen. Von den Auseinandersetzungen um das Verhältnis zwischen Volk und Staat auf der einen und "Kriegsstand" auf der anderen Seite blieb von nun^{an} keines der übrigen Gebiete politischen Ringens unberührt. In der deutschen Heeresgeschichte sind die Grundfragen militärischer Existenz, das Verhältnis zwischen Krieg und Politik überhaupt und zwischen Gesellschaft und Armee, Gehorsam und Freiheit, Pflichten und Rechten des Soldaten im besonderen kaum ein zweites Mal so radikal und schonungslos gestellt worden wie in jenen Tagen, in denen die in Preussen und Österreich führenden konservativen Schichten sich mit den Ideen der französischen Revolution auseinandersetzen mussten.

Ein wesentliches Stück der "neuen Epoche der Weltgeschichte", die, nach Goethe, von Valmy, wo die fürstlichen Heere vor die Kanonenkugeln des Revolutionsgenerals Kellermann gerieten, ausging, sind ausser den politisch-gesellschaftlichen eben die militärischen Reformen im alten Preussen gewesen. Soeben erscheint nun unter dem Titel "Von Valmy bis Leipzig" (in der Norrdeutschen Verlagsanstalt O.Goedel, Hannover und Frankfurt/M.) ein Werk von Professor Georg Eckert, das eine Fülle heute höchst aktueller Dokumente über das Ringen um neue militärpolitische Formen in der Zeit zwischen Kellermanns Sieg und Napoleons Niederlage bringt. Die Reihe beginnt mit jenen Teilen aus Goethes Feldzugsbericht, die ein Bild vom politischen Stimmungswandel im Offizierkorps und Heer der Verbündeten entwerfen. Es folgt Scharnhorsts Untersuchung über die "Allgemeinen Ursachen des Glücks der Franzosen", mit der der Angriff auf das Kriegsbild des Absolutismus beginnt. Von Behrenhorst führt ihn in einer seinerzeit von den Kritikern des stehenden Heeres mit Begeisterung aufgenommenen Schrift weiter, in der er fordert, mit dem Adelsprivileg zu brechen und auch bürgerliche Offiziere heranzuziehen. Mit von der Decken kommt ein Verteidiger des alten Bildes vom Krieg und von der Armee zu Wort. Der 300 Seiten starke Band macht neben Auszügen aus Clausewitz' Werken auch Gneisenaus und Steins berühmte gewordenen Denkschriften nach den Niederlagen von 1806 einem breiten Publikum

zugänglich. Nicht nur über die zur eigentlichen Militärreform gehörenden Fragen wie Wehrpflicht, "Aufstand in Massen", Miliz, Partisanenkrieg und Krümpersystem gibt das neue Buch einen ausgezeichneten Überblick, sondern auch über die Steinschen Thesen der Bauernbefreiung, Nationalverfassung und städt. Selbstverwaltung.

"Von Valmy bis Leipzig" zerstört einige Legenden. Nämlich sowohl diejenige, die aus Scharnhorst, Gneisenau und ihren Freunden eine Art von Kriegsvereins-Vorsitzenden gemacht hat, wie auch die von Pankow ausgehende, die aus den Armereformern reine Jakobiner machen möchte. Eckerts Buch zeigt, dass die Gleichung General-Reaktionär für die Reformperiode nicht stimmt und lässt den sozialen Hintergrund der Heeresreform hervortreten.

Auf eines der bemerkenswertesten Dokumente dieses zum richtigen Zeitpunkt erscheinenden Buches sei besonders hingewiesen: auf E.M. Arndts wahrscheinlich nicht ohne Grund wenig bekannt gewordenen Soldatenkatechismus. "In Tyrannes" entwickelte Arndt zum erstenmal ausführlich die These vom "Staatsbürger in Uniform". Die Wandspruch-Formulierung: "Du sollst den Menschen nicht ausziehen, wenn du die Montur anziehst" ist heute so aktuell wie sie es damals war.

* * *

Makarinos im "Paradies"

Man schreibt uns:

Britische Kronkolonien haben neben anderen Aufgaben seit Jahrhunderten auch die, der Verbannungsort für politisch unzuverlässige Männer zu sein. Was wüßten wir von jenem Felsenest im Atlantischen Ozean - Sankt Helena, wenn es nicht 1815 Napoleon I. als Aufenthaltsort zugewiesen worden wäre? Und wer von uns wusste vor wenigen Tagen, wo die Seychellen-Inseln liegen? Seit Erzbischof Makarinos von Zypern aber kürzlich dort "gelandet wurde", steht zumindest für die Schulkinder in Griechenland fest, dass sie demnächst mit dem Zeigestab diese Inseln auf der Weltkarte suchen müssen. Sie finden sie in Indischen Ozean, irgendwo zwischen Madagaskar und Ceylon, etwa zwei Finger unter dem Äquator.

Die Briten verfügen auch bei ernsthaften politischen Anlässen über einen ironischen Humor, der oft die Grenze des Sarkasmus streift. Viele

ihrer Zeitungen haben in diesen Tagen versucht, der Welt klar zu machen, dass der störrische Erzbischof auf Mahé, der grössten von insgesamt 92 kleinen Inseln (wenn die benachbarte Amirantengruppe dazu gerechnet wird fast wie im "Paradies" leben werde, dass er dort Zeit zu "ruhiger Besinnlichkeit" habe. Mit 22 - 26° Durchschnittstemperatur ist auf diesen herrlichen Inseln tatsächlich weder mit Schrupfen noch mit Stumpfieber zu rechnen. Bis zu tausend Meter hoch erheben sich die Berge unmittelbar aus den blauer Fluten des Ozeans. Auf ihnen wächst Ebenholz und Maha-goni. Zu ihren Füßen pflanzt die friedliche und fröhliche Bevölkerung Zimt, Vanille, Südfrüchte, Tabak- und auch Kakao und Kaffee. Kopra gehört zu den Hauptausfuhrartikeln der rund 30 000 Einwohner, die Nachfahren von Mulatten und Sklaven sind.

Wo hätten die zuvorkommenden Briten wohl Makarios einen ebenso schönen Aufenthalt bieten können, wenn die Portugiesen diese Inseln nicht im 16. Jahrhundert gefunden und die Franzosen unter massgeblicher Beteiligung eines gewissen Vicomte Moreau de Séchelles sie nicht im 18. Jahrhundert kolonisiert hätten? Offenbar müssen die Engländer aber schon immer gewusst haben, dass sie noch einmal eine besondere Verwendung für die auch heute nur auf dem Seeweg erreichbaren Pünktchen im Indischen Meer haben würden. 1794 nahmen sie den Franzosen die Beute weg - seitdem heisst der Hafen und die Hauptstadt von Mahé "Port Victoria". Dort regiert auch der Gouverneur mit einer kleinen gesetzgebenden Versammlung. Er hat seine siebenzimmerige Villa auf halber Hang nun dem Erzbischof zur Verfügung gestellt, unter der Devise: Gastfreundschaft ist das erste Gebot!

Wie gesagt: Hier kann man herrlich am weissen Strand spazieren, die berühmten Schildkröten liefern die vorzüglichste Suppe, und die aus Korallensteingebauten Häuser der Eingeborenen glänzen im Abendsonnenschein wie rosaroter Marmor. Passieren kann Makarios, so sagt sich offenbar die menschenfreundliche britische Regierung, hier gar nichts - er muss nur der "Lodoicea Seychellorum" ausweichen. So nennen die Botaniker die Palmen der Inseln. Sie werden bis zu 30 Meter hoch und tragen im Wipfel Früchte, die bis zu 40 - 50 Pfund wiegen. Zur Reifezeit ist man hier also keinesfalls sicher, ungestraft unter Palmen zu wandeln...

* * *